

Wasserverband: Preiserhöhungen wegen Aschedeponie

Vorstand fürchtet um Existenz und kündigt Klageverfahren gegen Steinbruch-Umnutzung an

Bakede/Hamelspringe (mf). Die hitzigen Diskussionen um die geplante Ascheeinlagerung im Steinbruch Hamelspringe halten an. Der örtliche Wasserbeschaffungsverband sieht sich in seiner Existenz bedroht. In jedem Fall müssten die von ihm belieferten Haushalte mit kräftigen Gebührenerhöhungen rechnen, heißt es in einer Stellungnahme.

Vorsitzender Peter Meyer begründet dies mit Rückstellungen, die der Verband bilden müsse, wenn es zur Ascheeinlagerung kommt. Um die Versorgung der Bevölkerung mit einwandfreiem Trinkwasser zu gewährleisten, sei man in der Pflicht, kostspielige „Verfahren zur Erkennung und Dokumentation von Grundwasserverunreinigungen einzuführen, die über das übliche Maß hinausgehen“. Denn dies sei auch die Voraussetzung für mögliche Schadenersatzansprüche.

Gegner laden zu Andacht ein

Aber: Keine Protestaktion vor dem Tagungsort der Forstgenossen

In ihrem Bemühen, die Aschedeponie zu verhindern, setzen die Gegner auch auf Hilfe von oben. Die neu gegründete Schutzgemeinschaft Sünteltal und die evangelische Kirchengemeinde laden für Donnerstag, 7. Juni, zu einer Andacht in die Bakeder Kirche ein. Sie soll um 18.30 Uhr beginnen – und damit genau eine Stunde, bevor die Mit-

glieder der Forstgenossenschaft im benachbarten Café „Freitags Hof“ zur entscheidenden Abstimmung über die Verpachtung des Steinbruchs zusammentreten. Anschließend wollen die Gegner im Schatten des Gotteshauses ein Picknick veranstalten.

Mit der Andacht solle ein letzter Versuch unternommen werden, die Forstgenossen von ihrem Vorhaben abzubringen,

sagt Ines Dreyer, Vorstandsmitglied der Schutzgemeinschaft Sünteltal. Man habe auch über Protestaktionen oder eine Mahnwache vor dem Tagungsort selbst nachgedacht, sich dann aber dagegen entschieden. Nicht zuletzt aus Sorge vor einer Eskalation des Konflikts. „So oder so müssen wir alle auch in Zukunft noch miteinander auskommen.“ (mf)

Vor Gericht ziehen will der Verband aber nicht erst, wenn die Asche bereits in den sprichwörtlichen Brunnen gefallen ist. Sollte es grünes Licht für eine Verpachtung des Areals geben, werde man schon im Vorfeld ein „Klage-

verfahren gegen die Errichtung der Deponie“ anstrengen. Die damit verbundenen Kosten, da sind sich Meyer und seine Vorstandskollegen einig, werde sich jedoch nur über einen höheren Wasserpreis finanzieren lassen. „Ein

Beschluss hierüber soll erfolgen, sobald klar ist, ob das Projekt von den Forstgenossen weiterverfolgt wird“, macht Meyer deutlich.

Eine mögliche Beeinträchtigung des Grundwassers wäre vor allem in Bad Münde be-

sonders kritisch, weil hier das Trinkwasser ganz überwiegend auf diese Weise gewonnen werde. Eine Kontamination kann aus Sicht des Verbandes bei einer Aschedeponie im Steinbruch nicht ausgeschlossen werden, „weil das Wasserschutzgebiet unmittelbar an den Steinbruch angrenzt“, wie es heißt. „Der Trinkwasserschutz sollte vor wirtschaftlichen Interessen stehen“, fordert Meyer.

Im schlimmsten Fall sei sogar die Existenz des Verbandes bedroht. Meyer: „Denn die möglichen Kosten für die Trinkwasserreinigung dürften finanziell gar nicht darzustellen sein.“

Abschließend appelliert er noch einmal an die Forstgenossenschaft, sich angesichts der ablehnenden Haltung von Bevölkerung, Politik und Verbänden dazu durchzuringen, das Projekt nicht weiter zu verfolgen.